

# ÖAMTC: Spritpreis-Thema muss auf EU-Ebene angegangen werden

Club unterstützt Initiative von Finanzminister Marterbauer

Der ÖAMTC begrüßt den aktuellen Vorstoß des Bundesministers für Finanzen, die österreichischen Spritpreise genauer unter die Lupe zu nehmen. Die Zusammensetzung der Benzin- und Dieselpreise kann aus Sicht des Mobilitätsclubs jedoch nicht isoliert in Österreich betrachtet werden, denn die Entkopplung von Rohöl- und Spritpreisen ist ein gesamteuropäisches Problem. Bernhard Wiesinger, Leiter der ÖAMTC Interessenvertretung: "Benzin und Diesel werden auf internationalen Plattformen gehandelt, deren Preisnotierungen als Signal für den europäischen Markt dienen. Daher liegt dort der weitaus größere Hebel für faire Preise."

## Intransparente Sprithandels-Plattformen

Problematisch an den Sprithandels-Plattformen ("Spritpreisbörse Rotterdam") mit ihren Preisnotierungssystemen ist, dass sie weit weniger transparent sind als herkömmliche Waren- oder Aktienbörsen. Aktuelle Notierungen sind nur über kostenpflichtige Abonnements einsehbar – obwohl diese für die Spritpreisbildung in den meisten EU-Staaten relevant sind. Die breite Öffentlichkeit bleibt damit von Informationen wie Handelsmengen und -preisen ausgeschlossen.

Am Handel mit Mineralölprodukten nehmen laut Wettbewerbsbehörden grundsätzlich nur wenige Unternehmen teil, die außerdem oft voneinander abhängen oder miteinander verflochten sind. Und auch die gehandelten Mengen stellen ein Problem dar: So dienen Preisnotierungen für geringe Mengen als Richtschnur für den kompletten europäischen Markt. Dominik Graf, Verkehrswirtschaftsexperte beim ÖAMTC: "Im Extremfall findet überhaupt kein Handel statt, während Angebots- oder Nachfragenotierungen dennoch als Richtschnur für die Preise an der Zapfsäule herangezogen werden. Der Club übt seit Langem Kritik an dieser Preisentstehung, denn die Rechnung zahlen letztendlich die Konsument:innen."

## EU-Kommission bisher untätig

Auch das deutsche Bundeskartellamt kam im Abschlussbericht zur "*Sektoruntersuchung Raffinerien und Kraftstoffgroßhandel*" im Februar 2025 zum Schluss, dass derartige Notierungen die "Gefahr einer stillschweigenden Einigung auf ein überhöhtes Preisniveau" begünstigen. Zudem bestehe laut Bericht die Gefahr, dass "einzelne Marktteilnehmer Preisnotierungen – beispielsweise durch selektive Meldungen – zu ihrem Vorteil beeinflussen" könnten. Dennoch ist seit Veröffentlichung des Berichtes nichts passiert, die neue deutsche Bundesregierung hat seit ihrem Amtsantritt im Mai 2025 keine weiteren Initiativen ergriffen. Wiesinger: "Es ist absolut zu begrüßen, wenn sich nun Österreichs Finanzminister Markus Marterbauer des Themas annimmt. Es ist höchste Zeit, dass ein Mitgliedsstaat Druck auf die EU-Kommission ausübt und zu einer

Untersuchung drängt. Der ÖAMTC als Mobilitätsclub und Interessenvertretung für mehr als 2,6 Millionen Mitglieder wird dieses Vorhaben jedenfalls voll und ganz unterstützen."